



HESSISCHER LANDTAG

02. 02. 2018

Plenum

Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend EU-Kohäsionspolitik langfristig sichern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Kohäsionspolitik der Europäischen Union einen wichtigen Beitrag zur positiven und nachhaltigen Entwicklung Hessens und der Europäischen Union leistet. Mit den Fördermitteln aus dem europäischen Haushalt und der Kofinanzierung aus Bundes- und Landesmitteln können seit vielen Jahren gute und wichtige Projekte überall in Hessen finanziert werden. Im Rahmen der Strukturfonds (EFRE, ESF sowie ELER) werden Hessen in der aktuellen Förderperiode 2014 bis 2020 rund 732 Mio. € aus dem EU-Haushalt für Investitionen in Infrastruktur und Wettbewerbsfähigkeit, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Lebensqualität, den Umwelt- und Klimaschutz und vieles mehr zur Verfügung gestellt. In der vergangenen Förderperiode 2007 bis 2013 waren es rund 701 Mio. € gewesen.
2. Der Landtag anerkennt, dass zur Erreichung des Zieles europaweit vergleichbarer Lebensverhältnisse und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit benachteiligter Regionen eine Steuerung der Finanzmittel erforderlich ist. Er spricht sich dafür aus, auch weiterhin das Bruttoinlandsprodukt als einen Indikator zur zielgenauen Identifikation einer gerechten Mittelzuweisung heranzuziehen. Ferner spricht sich der Landtag dafür aus, die Machbarkeit einer Einbeziehung weiterer Kriterien zur besseren Erfassung weiterer Bedarfe - etwa im sozio-ökonomischen oder ökologischen Bereich - zu prüfen.
3. Der Landtag sieht es aber für unbedingt erforderlich an, dass auch in Zukunft alle Regionen der Europäischen Union Zugang zu Fördermitteln der Kohäsionspolitik erhalten. Auch wirtschaftlich erfolgreiche und wettbewerbsfähige Regionen wie Hessen müssen weiterhin Zugang zu den Mitteln der Kohäsionspolitik haben, damit die durch erfolgreiche Projekte angestoßene positive Entwicklung nicht gefährdet wird. Er ersucht daher die Landesregierung, in den anstehenden Verhandlungen über die Förderperiode ab 2020 jedweden Forderungen nach einem Ausschluss der stärker entwickelten Regionen von den Fördermitteln entschieden entgegenzutreten.
4. Der Landtag spricht sich zudem dafür aus, die Verwaltungsstruktur der Kohäsionspolitik auf allen Ebenen zu vereinfachen, damit sie leichter zugänglich, transparenter und effektiver ist. Ziel muss es u.a. sein, den hohen Abrechnungs- und Kontrollaufwand sowie die Vielzahl an zusätzlichen Pflichten für die mit der Umsetzung befasste Verwaltung und auch die Antragsteller zu verringern. Zusätzlich sollte wo erforderlich der Zugang zu den Mitteln der Kohäsionsfonds durch eine modernere, flexiblere und umfassende Beratungsstruktur ermöglicht werden. Die Landesregierung wird gebeten, sich in diesem Sinne für eine Entbürokratisierung der Kohäsionspolitik in der kommenden Förderperiode einzusetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)